

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

27. April 2020
8.2020

Corona-Aufschlag auf Hartz IV und Mindestsicherung ohne Sanktionen

Die Corona-Pandemie trifft diejenigen am härtesten, die geringe oder gar keine Einkommen haben: Die Ausgangsbeschränkungen treffen Menschen mit kleineren Wohnungen stärker. Auf Hartz IV angewiesene Kinder werden auch beim Lernen zu Hause benachteiligt, weil ein Laptop nicht zur Grundsicherung gehört. Manche Schüler*innen müssen sich ein Smartphone mit Geschwistern teilen oder haben keinen Internetzugang. Dass nun bedürftige Schüler*innen einen Zuschuss von 150 Euro für die Anschaffung eines digitalen Endgeräts erhalten sollen, ist ein Witz. Die Bundesregierung hat offensichtlich keine Ahnung vom Leben der Kinder in Armut – und das betrifft jedes fünfte Kind in Deutschland.

Seit Corona sind manche Dinge des täglichen Bedarfs schwer zu bekommen oder nur per Lieferung, vieles ist teurer. Die höheren Preise sind nicht in die Berechnung des Existenzminimums eingegangen. Überlebenshilfen wie die Tafeln brechen weg. Durch die Schließung von Kitas und Schulen fällt das Essen dort für die Kleinsten aus.

DIE LINKE hat Druck gemacht und die Bundesregierung hat den Zugang zu Hartz IV-Leistungen vorübergehend erleichtert. Das ist gut so. Es hilft vor allem denen, die jetzt erwerbslos werden, denen die Aufträge wegbrechen. Viele (Solo-)Selbstständige und Menschen im Niedriglohn müssen jetzt Aufstockung beantragen. Die heftigen Einkommenseinbußen werden zumindest abgemildert. Damit die Hilfeleistung schnell und unbürokratisch ankommt, ist die Vermögensprüfung befristet ausgesetzt. Außerdem werden die tatsächlichen Wohnungskosten voll übernommen. Bis auf weiteres sind auch die Sanktionen ausgesetzt, d.h. es erfolgt keine Leistungsminde- rung aufgrund von Terminversäumnissen o. ä. Seit langem sind das unsere

Forderungen, unsere Beharrlichkeit war erfolgreich. Allerdings werden die angekündigten Erleichterungen in den Job-Centern nicht immer so umgesetzt werden, dass es den Bedürftigen wirklich hilft.

Die Maßnahmen zielen vor allem darauf, die Grundsicherung leichter zugänglich zu machen und damit Menschen abzusichern, die jetzt in Existenznöte fallen. Das Leben der Hartz IV-Beziehenden zu verbessern ist nicht vorgesehen. Hartz IV bedeutet weiterhin Armut per Gesetz. Es ist höchste Zeit, mit dem Hartz IV-System zu brechen und es zu überwinden. Für eine Zukunft ohne Hartz IV und frei von Armut.

Was muss sich ändern?

■ **Pandemiezuschläge auf Hartz IV und niedrige Renten!** Der Hartz IV-Regelsatz und die Grundsicherung für Rentner*innen müssen sofort für die Dauer der Krise um 200 Euro pro Person und Monat aufgestockt werden. Das gilt auch für andere existenzsichernde Leistungen (z.B. nach dem Bundesversorgungsgesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz).

■ **DIE LINKE fordert eine Mindestsicherung von 1.050 Euro**, ohne Sanktionen und Kürzungen! Eine Kindergrundsicherung von 600 Euro soll alle Kinder vor Not und Armut schützen.

■ **Ein allgemeines Sanktionsverbot muss her!** Sanktionen, Sperrzeiten und Leistungskürzungen müssen überall ausgesetzt werden. Bislang werden Sanktionen nur in den Jobcentern ausgesetzt, die von der Bundesagentur für Arbeit und der Kommune gemeinsam getragen werden (also nicht in den kommunalen Jobcentern).

■ **Partnereinkommen dürfen nicht angerechnet werden!** Nach den Hartz IV-Regeln wird ab einem Jahr Zusammenleben eine eheähnliche Einstandsgemeinschaft und damit

eine Bedarfsgemeinschaft unterstellt. Ist dies nicht der Fall, muss dies der oder die Antragsstellende beweisen. Wir fordern: Die Anrechnung des Partnereinkommen in der Bedarfsgemeinschaft muss befristet ausgesetzt werden.

■ **Computer und Datenvolumen für alle Kinder.** Lehrmittelfreiheit heißt in Zeiten von Corona und grundsätzlich in digitalisierten Zeiten: Jedes Kind muss kostenfrei ein digitales Endgerät, Drucker und ausreichend Datenvolumen zur Verfügung gestellt bekommen.

DIE LINKE kämpft weiter dafür, dass statt Hartz IV eine Mindestsicherung eingeführt wird, die sicher vor Armut schützt und nicht durch Sanktionen gekürzt werden kann. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.

